

Änderungsantrag

des Abgeordneten Senfft und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)
— Drucksache 10/3441 —

zu dem Antrag des Abgeordneten Drabiniok und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/612 —

Fahrpreiserhöhungen der Deutschen Bundesbahn

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 10/3441 – erhält folgende Fassung:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die zum 1. Januar 1986 beschlossenen Fahrpreiserhöhungen im Personenverkehr der Deutschen Bundesbahn nicht zu genehmigen, sondern aus Gründen des allgemeinen Wohls im Sinne des § 16 Abs. 4 des Bundesbahngesetzes von der Deutschen Bundesbahn den Verzicht auf Fahrpreiserhöhungen zum 1. Januar 1986 im Personenverkehr zu verlangen.“

Bonn, den 4. Dezember 1985

Senfft

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung

Die beabsichtigte erneute Fahrpreiserhöhung zum 1. Januar 1986 ist aus sozialpolitischen, verkehrspolitischen und insbesondere umweltpolitischen Gründen nicht zu verantworten. In den letzten Jahren wurden die Fahrpreise im Personenverkehr der Deutschen Bundesbahn bereits mehrfach zum Teil erheblich heraufgesetzt, so daß sie schon heute als weit überhöht bezeichnet werden müssen. Seit dem 1. Januar 1975 sind die durchschnittlichen Fahrpreise im Schienenpersonenverkehr der Deutschen Bundesbahn um insgesamt 68 % gestiegen. Damit liegt die Steigerungsrate bei den Personenverkehrstarifen der Deutschen Bundesbahn weit über der entsprechenden Entwicklung der Lebenshaltungs-

kosten (+ 43,3 %) und insbesondere auch weit über der Preisindexentwicklung der konkurrierenden Verkehrsmittel Pkw (+ 48,4 %) und Krafrad (+ 24,4 %). Die überdurchschnittliche Erhöhung der Bundesbahnfahrpreise hat dazu geführt, daß bereits bei einer Besetzung von nur zwei Personen die Betriebskosten eines Mittelklasse-Pkw heute pro Person niedriger sind, als die Tarifangebote der Deutschen Bundesbahn. Die zusätzlichen Fahrpreiserhöhungen zum 1. Januar 1986 werden noch mehr Kunden zur Abwanderung zum Individualverkehr bewegen.

Angesichts wachsender Umweltschäden, dem fortschreitenden Waldsterben und der hohen Zahl von Toten und Verletzten im Straßenverkehr muß die Verkehrspolitik darauf abzielen, das Umsteigen auf die umweltfreundliche, energiesparende und sichere Deutsche Bundesbahn zu fördern. Fahrpreiserhöhungen bewirken jedoch genau das Gegenteil.